

Ohne viel Widerspruch

Landtag stimmt Rechenschaftsbericht zu – Kaum Krisengerede

VADUZ – Der Rechenschaftsbericht wird immer umfangreicher, den Landtag, Regierung und Gerichte jedes Jahr vorlegen. Den für 2008 hiess der Landtag mit 24 von 25 Stimmen gut.

• Kornelia Pfeiffer

Die Wirtschaftskrise hat längst auch Liechtenstein erreicht. Davon aber war bei der Diskussion des

«Die Kernaussagen der Vision Futuro gelten immer noch, sprich der Schutz der Privatsphäre, für den sich Liechtenstein einsetzt, wie der Schutz von Vermögen.»



Klaus Tschüscher,
Regierungschef

Rechenschaftsberichts am Mittwoch im Landtag nicht viel zu spüren. Die Berichte der Ressorts Präsidium, Äusseres, Inneres, Bildungswesen, Familie und Chancengleichheit wurden ohne grosse Widersprüche von den Abgeordneten aller drei Parteien «durchgewunken». Als das Ressort Finanzen an

der Reihe war, hatte der VU-Abgeordnete Günther Kranz dann aber doch Fragen zu «Futuro», jener Vision für den Finanzplatz Liechtenstein, die von der Krise um die bei der LGT Treuhand gestohlenen Kundendaten und den in Deutschland ausgelösten Steuerskandal 2008 überschattet worden war.

Wie jede Vision sei auch «Futuro» keine statische Angelegenheit, antwortete Regierungschef Klaus Tschüscher. Die Kernaussagen aber würden immer noch gelten, sprich der Schutz der Privatsphäre, für den sich Liechtenstein einsetze, wie der Schutz von Vermögen. Allerdings hätte sich die Vision aus heutiger Sicht zu stark auf bestehende Geschäftsfelder konzentriert, will heissen, Liechtenstein müsse künftig auch für neue Geschäftsfelder offen sein. Dazu gehört auch die Reform des Trustrechts, die Tschüscher in der letzten Legislaturperiode als Justizminister als logische Konsequenz nach der Revision des

Stiftungsrechts gesehen hatte. «Der Markt braucht etwas Ruhe nach der Einführung des neuen Stiftungsrechts», befasst sich die neue Justizministerin Aurelia Frick zurzeit mit diesem möglichen neuen Eisen im Wettbewerb unter den Finanzplätzen.

Von der Wirtschaftskrise betroffen sind in den Industrieländern auch die sozialen Systeme zur Sicherung der Altersvorsorge. Auf die Frage des VU-Abgeordneten Gebhard Negele, wie es denn um die AHV, die gesetzliche Rente in Liechtenstein stehe, versicherte Sozialministerin Renate Müssner: 10 Jahresausgaben würden als Reserven gehalten. 15 Jahre lang könnten die Renten noch ausbezahlt werden, ohne dass neue Beiträge hinzukämen. Kurz- und mittelfristig sei die AHV also sicher. Die Wirtschaftskrise zwingt aber natürlich auch Liechtenstein, Massnahmen zu prüfen, womit die Regierung übrigens schon 2006 begonnen habe. 24 von 25 Abgeordnete stimmten dem Rechenschaftsbericht zu.

Aurelia Frick: Der Markt braucht etwas Ruhe nach der Einführung des neuen Stiftungsrechts.



FOTO CLOSE UP